

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 11.02.2016**

öffentlich

Ort: Berufsfirewehr Halle
Südwatche
Liebenauer Straße 123
06110 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:57 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Andreas Scholtyssek

Eberhard Doege

Josephine Jahn

Marion Krischok

Dr. Rüdiger Fikentscher

Gottfried Koehn

Wolfgang Aldag

Yvonne Winkler

Maria Genschorek

David Horn

Lars Juister

Hans-Jürgen Krause

Werner Misch

Stefan Schulz

Ausschussvorsitzender,

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Vertreter für Frau Bohm-Eisenbrandt

Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Dr. Bernd Wiegand

Uwe Stäglin

Kerstin Ruhl-Herpertz

Lutz Müller

Katrin Flint

Oberbürgermeister

Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Fachbereichsleiterin FB Umwelt

Abteilungsleiter Abt. Stadtordnung

stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Dr. Heinrich Wahlen

Geschäftsführer HWG

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel

Gernot Töpfer

Dr. Erwin Bartsch

Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt

Burkhard Lothholz

Frigga Schlüter-Gerboth

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Andreas Scholtyssek** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Stäglin erklärte, den Tagesordnungspunkt

- 4.1. Umsetzungsplan zum Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept
Vorlage: V/2014/12704

in die März-Sitzung vertagen zu wollen. Hintergrund sind die noch ausstehenden Beantwortungen der Anfragen der CDU/FDP-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von Frau Jahn, Fraktion DIE LINKE.

In diesem Zusammenhang soll auch der im Stadtrat vom 28.01.2016 zugestimmte Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Arbeit des Dienstleistungszentrums Klimaschutz mit behandelt werden.

Herr Scholtyssek informierte, dass der Tagesordnungspunkt

- 7.2. Information des Polizeirevier Halle zur Kriminalstatistik

von der Tagesordnung abgesetzt wird. Hintergrund ist, dass die Veröffentlichung der Kriminalstatistik erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen wird.

Im Weiteren wird es unter dem Tagesordnungspunkt 7.4 eine Mitteilung zur Hochwasserschutzkonzeption geben.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht, so dass **Herr Scholtyssek** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.01.2016
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. *Umsetzungsplan zum Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept*
Vorlage: V/2014/12704 *vertagt*
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Baumfällliste
 - 7.2. *Information des Polizeirevier Halle zur Kriminalstatistik* *abgesetzt*
 - 7.3. Informationen zum aktuellen Stand der Duldung Hausbesetzung Hafensstraße
 - 7.4. Mitteilung zur Hochwasserschutzkonzeption
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.01.2016

Herr Koehn bat um Ergänzung der Niederschrift vom 14.01.2016 um seine Fragen zum Tagesordnungspunkt

- 4.1. Umsetzungsplan zum Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept
Vorlage: V/2014/12704

Herr Koehn fragte zu VK 4, Alternative Mobilität.

Umgesetzt werden soll eine Emissionsminderung im städtischen Verkehr durch die Förderung der Elektromobilität und des Kfz-Verkehrs erdgasbetriebener Fahrzeuge. Die Umsetzung erfolgt in Abstimmung mit der HAVAG, EVH und Stadtverwaltung. Die Umsetzung für das VK 4 soll bis 2017 erfolgen.

Herr Koehn stellte dar, dass die HAVAG ihre Busflotte seit 2 Jahren ausschließlich mit Dieselfahrzeuge modernisiert. Das heißt bei einer Laufzeit von 15 – 20 Jahren bei neuen Dieselnissen kann man nicht in den Erdgasbetrieb umrüsten.

Beschaffungskostennachteile sollen durch geeignete Kooperationsmodelle reduziert werden. Laut HAVAG sind erdgasbetriebene Omnibusse zu teuer. Deswegen wird auf Dieselfahrzeuge modernisiert. Schlussfolgernd ist eine Umrüstung nicht möglich. Daher kann die Darstellung / Formulierung im VK 4 entfallen.

Herr Zwick antwortete, dass die Anschaffung einem wirtschaftlichen Risiko unterliegt. Der VK 4 bezieht sich nicht nur auf Busse, sondern auch auf den Ausbau der Elektrotankstellen im städtischen Verkehr. Mitunter kann dieser Punkt entfernt werden. Dies muss geprüft werden. Es gibt mit Sicherheit Gründe, warum dies mit erwähnt wurde.

Herr Koehn sagte, dass die Kapazität und die Immissionen bei der Fahrzeugflotte der HAVAG im Großteil den innerstädtischen öffentlichen Nahverkehr ausmachen. Die Einsparung bei Elektrofahrzeugen ist dagegen gering.

Herr Zwick sagte, dass dies geprüft werden müsste.

Zum selben Tagesordnungspunkt bat auch **Herr Juister** um Ergänzung seiner Aussagen.

Herr Juister fragte, ob bei den Arbeitsgruppen am Runden Tisch die ehrenamtliche Selbstverwaltung beteiligt werden soll. Darauf antwortete Herr Zwick, dass dies zum Teil erfolgen soll.

Frau Bohm-Eisenbrandt hatte nach geschlechtergerechter Sprache in der Vorlage gefragt. Auf die Nachfrage von Herrn Juister, antwortete Herr Stäglin, die Verwaltung nehme die Anregung zur Kenntnis und wolle darüber nachdenken.

Der Ausschuss verständigte sich darüber, über die so geänderte Niederschrift abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Die Baumfällliste wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Informationen zum aktuellen Stand der Duldung Hausbesetzung Hafenstraße

Herr Scholtyssek begrüßte Herrn Dr. Wahlen und bat um Erteilung des Rederechts. Dieses wurde erteilt.

Herr Dr. Wahlen reflektierte zuerst über seine Ausführungen aus der letzten Sitzung bevor er über den aktuellen Stand berichtete.

Am 25.01.2016 wurde die Gestattungsvereinbarung von der HWG und der Initiative „Wir brauchen Platz“ unterzeichnet. Die Liegenschaft darf bis zum 30.09.2017 als soziokulturelle Stätte genutzt werden. Mit der Vereinbarung verpflichtet sich die Initiative zum Schutz der Nachbarschaft (keine Lärmbelästigung oder Verschmutzung) sowie zum Schutz der öffentlichen Straße. Bei Verstoß wird die Vereinbarung fristlos gekündigt. Die HWG wird die Anschlüsse für Trinkwasser und Abwasser, Elektro und Schornstein herstellen. Die Nutzer hingegen verpflichten sich dazu, den auf dem Grundstück angefallenen illegalen Müll zu

entfernen, den Estrich im unteren Haus zu verlegen und eine gefahrenfreie Begehung des Hauses zu gewährleisten.

Im Weiteren sprach **Herr Dr. Wahlen** zu den rechtlichen Motiven.

Die HWG hat sich im Rahmen des Abwägungsprozesses für diesen Weg entschieden. Im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens wurde die Entscheidung getroffen, nicht repressiv vorzugehen.

Aus dem Umkreis der Nachbarschaft liegen aktuell 6 Beschwerden vor. Aus den Schreiben geht hervor, dass man Angst / Bedenken wegen störendem Verhalten hat sowie Befürchtungen hinsichtlich politisch aggressiver Auseinandersetzungen mit weiteren Gruppen. Die HWG signalisiert in jedem Fall Gesprächsbereitschaft. Bislang sind der HWG keine Verstöße der Initiative bekannt.

Als Fazit sagte **Herr Dr. Wahlen**, dass auf Gespräche gesetzt wurde, klare Regeln festgeschrieben wurden und die HWG 1 Monat nach Abwägung von ihrer Entscheidung überzeugt ist.

Herr Scholtyssek erkundigte sich, ob die Ausschussmitglieder Nachfragen an Herrn Dr. Wahlen haben.

Herr Misch fragte, ob die HWG bisweilen ihrer Sicherungspflicht nicht nachgekommen ist, wenn derartig viel Müll auf dem Grundstück liegt.

Herr Dr. Wahlen erklärte, dass für die Bäumung des Mülls jährlich 3.500 Euro anfallen. Das Grundstück ist gesichert, allerdings so groß, dass einige Stellen von Teilen der Bevölkerung als Ablageplatz für Müll verwendet werden.

Frau Jahn fragte, was die HWG unternimmt, sollte sich vor dem 30.09.2017 ein Käufer für das Objekt interessieren.

Herr Dr. Wahlen erklärte, dass bis dahin kein Vertrag abgeschlossen wird.

Herr Doege fragte, ob der Verein in der Lage ist, die anfallenden Kosten zu tragen.

Herr Dr. Wahlen antwortete, dass derzeit Kosten für den Anschluss der Trinkwasser- und Abwasserleitung anfallen. Die HWG wäre bereit, sich bei den laufenden Kosten, sollten ernsthafte Interessen der Initiative verfolgt werden, mit 250 Euro monatlich zu beteiligen.

Die Nachfrage von **Herrn Koehn**, ob es sich bei der Initiative um einen eingetragenen und somit haftbaren Verein handelt, bejahte **Herr Dr. Wahlen**.

Frau Winkler begrüßte die Haltung und die Vorgehensweise der HWG ausdrücklich.

Herr Scholtyssek fragte, inwieweit kontrolliert wird, dass die festgesetzten Regeln eingehalten werden und wie viele Anzeigen beim Fachbereich Sicherheit bislang eingegangen sind.

Herr Dr. Wahlen sagte, dass er bisher sehr oft vor Ort war und noch nie Verstöße festgestellt hat. Kontrollen erfolgen durch Begehung.

Herr Müller erklärte, dass bislang lediglich 1 Beschwerde beim Fachbereich Sicherheit eingegangen ist. Vor Ort konnten die Kollegen keine Verstöße feststellen. Eine genutzte Feuerschale entsprach den rechtlichen Voraussetzungen.

Es gab keine weiteren Fragen. **Herr Scholtyssek** bedankte sich bei Herrn Dr. Wahlen für seine Ausführungen.

zu 7.4 Mitteilung zur Hochwasserschutzkonzeption

Frau Ruhl-Herpertz informierte zur Förderrichtlinie Hochwasserschutz.

Die Förderrichtlinie Hochwasserschutz ist veröffentlicht. Die Verwaltung hat dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt 3 Projekte angezeigt, die gefördert werden sollen und um Übersendung entsprechender Antragsunterlagen gebeten. Antragsfrist ist der 31.03.2016.

Zu den Projekten gehört:

- Durchführung Hochwasseraudit, Kosten ca. 25 T €
- Beschaffung mobiler Hochwasserschutzzelemente, Kosten ca. 500 T €
- Planungsleistungen zur Verbesserung Hochwasserschutz Altstadtbereich (Planungsphasen I und II), Kosten ca. 50 T €

Herr Stäglin ergänzte.

Die Hochwasserschutzkonzeption des Landes Sachsen-Anhalt bis 2020 liegt vor und kann im Internet nachgelesen werden. Auf der Internetseite des Landesbetriebs für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW) sind insbesondere Hochwassergefahrenkarten sowie Hochwasserrisikokarten einsehbar.

Im Weiteren verwies **Herr Stäglin** auf eine Präsentation zum Thema, die in der Beigeordnetenkonferenz am 09.02.2016 vorgestellt worden ist und dem Protokoll beigefügt wird.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Stäglin sagte, dass in der März-Sitzung über die Arbeit des Hochwasserbeirates berichtet wird.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage Frau Krischok zur Lärmbelästigung im Ernst-Haeckel-Weg

Frau Krischok berichtete, dass es im Ernst-Haeckel-Weg bis 4 Uhr in der früh zu Lärmbelästigungen kommt. Sie fragte, ob bei der Verwaltung Beschwerden vorliegen.

Herr Müller verneinte dies. Er sagte aber zu, sich bei der Polizei zu erkundigen, ob etwaige Beschwerden dort eingegangen sind.

zu 8.2 Anfrage Frau Krischok zur Einführung eines Intensivtransportwagens

Frau Krischok sprach ihre Verwunderung darüber aus, dass in der kommenden Sitzung des Stadtrates keine Beschlussvorlage zur Einführung eines Intensivtransportwagens vorhanden ist. Sie fragte nach den Gründen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass die Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen sind. Die Beschlussvorlage wird erst nach vollumfänglicher Prüfung in den Rat eingebracht. Vor allem die Kostendeckung muss sicher geklärt sein. Eine Einbringung in den Rat wird voraussichtlich im März 2016 erfolgen.

Herr Doege fragte, ob für den Intensivtransportwagen eine separate Gebührensatzung erlassen werden soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verneinte dies. Es ist zu prüfen, wie die Kostenträger zur Thematik stehen.

Frau Krischok erkundigte sich, ob der ITW 24 Stunden im Einsatz sein wird.

Herr Dr. Wiegand erklärte, dass der ITW auf Anforderung eingesetzt wird.

zu 8.3 Anfrage Herr Aldag zu den Bauarbeiten im Uferbereich des Hufeisensees

Herr Aldag bezog sich auf die Thematik Bauarbeiten im Uferbereich des Hufeisensees. Dazu hatte er bereits in der Stadtratssitzung am 28.01.2016 angefragt.

Er fragte, ob jemand vor Ort war und seinen Hinweisen nachgegangen ist. Im Weiteren, wie die Veränderung der Böschungen bewertet wird und wie die ökologische Baubetreuung der städtischen Maßnahmen erfolgt, ob hier ggf. Protokolle vorliegen.

Herr Stäglin sagte, dass bereits eine Antwort der Verwaltung vorliegt. Der Sachverhalt wird aber noch einmal überprüft.

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Herr Scholtyssek beendete die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Andreas Scholtyssek
Ausschussvorsitzender

Katrin Flint
stellvertretende Protokollführerin